



Niederschrift

31. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 20.10.2011
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:57 Uhr
Ort, Raum:	Tulpenhaus, Dorfstr. 10, 14476 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Pete Heuer	SPD	Sitzungsleitung
-----------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold	DIE LINKE	
Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	
Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Herr Hans-Peter Michalske	SPD	
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	
Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Wolfhard Kirsch	BürgerBündnis	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Franziska Schneider	FDP	ab 18:40 Uhr
--------------------------	-----	--------------

sachkundige Einwohner

Herr Andreas Walter	Grüne/B90	
Herr Hans Becker	CDU/ANW	
Herr Tino Henning	DIE LINKE	anwesend ab 18:35 Uhr
Herr Manfred Kleinert	DIE LINKE	
Herr Andreas König	Behindertenbeirat	
Frau Elke Lentz	SPD	
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	
Herr Horst Siebenhaar	Seniorenbeirat	
Herr Holger Wolinski	SPD	

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesundheit
---------------------------------	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Ralf Otto	SPD	entschuldigt
Herr Björn Teuteberg	FDP	entschuldigt
Herr Sven Brödno	Die Andere	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Marcus Krause	SPD	entschuldigt
Frau Jacqueline Krüger	FDP	entschuldigt
Herr Wolfgang Schwarze	DIE LINKE	entschuldigt

Herr Andreas Vogel

DIE LINKE

entschuldigt

Gäste:

Herr Franz Blaser	Ortsvorsteher Groß Glienicke
Frau Viola Holtkamp	FB Stadtplanung und Bauordnung
Herr Lahr-Eigen	Lahr-Eigen & Partner Architekturbüro
Frau Anke Latacz-Blume	FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Frau Marina Kluge	FB Ordnung und Sicherheit
Herr Norbert Praetzel	FB Grün- und Verkehrsflächen
Herr Dieter Bolze	Bereich Umwelt und Natur
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.09.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Agrarproduktion im Ländlichen Raum Potsdams
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke), Beschluss zur Änderung des Geltungsbereichs, zur öffentlichen Auslegung sowie zur Erweiterung des Bereichs der Anordnung der Baulandumlegung
Vorlage: 11/SVV/0604
FB Stadtplanung und Bauordnung
Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage -
- 3.2 Tierheimneubau
Vorlage: 11/SVV/0617
Fraktion DIE LINKE
- Wiedervorlage -
- 3.3 Aufhebung der Beschlüsse 07/SVV/0738, 08/SVV/0743 und 09/SVV/1008
Vorlage: 11/SVV/0666
Fraktion FDP
- 3.4 Lärmmessung in Uetz
Vorlage: 11/SVV/0693
Fraktion CDU/ANW
- 3.5 Zusätzliche Parkplätze am Rathaus für den Weihnachtsmarkt
Vorlage: 11/SVV/0728
Fraktion Potsdamer Demokraten
- 3.6 Straßenreinigungssatzung 2012
Vorlage: 11/SVV/0680
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 3.7 Straßenreinigungsgebührensatzung 2012
Vorlage: 11/SVV/0681
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Kraftwerk für Gartenstadt Drewitz
Vorlage: 11/SVV/0482
FB Grün- und Verkehrsflächen
- Wiedervorlage -
- 5 Berichte und Informationen
- 5.1 Landschafts- und Naturschutz an den Seeufern Potsdams
- 5.2 Zwischeninformation zum Stand der Umsetzung des Beschlusses 09/SVV/1083 - Grünflächenverbrauch
- 5.3 Einhaltung der Feinstaubwerte in der Landeshauptstadt Potsdam
- 5.4 Informationen aus der Fluglärmkommission vom 26.09.2011
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Heuer.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.09.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Abstimmung zur Tagesordnung:

Herr Heuer schlägt vor, die Drucksachen 11/SVV/0617 und 11/SVV/0666 (Tagesordnungspunkte 3.2 und 3.3) aufgrund des inhaltlichen Zusammenhanges gemeinsam zu beraten.

Die Mitteilungsvorlage 11/SVV/0482 (Kraftwerk für Gartenstadt Drewitz) sollte aufgrund des Umfangs der heutigen Sitzung auf die Novembersitzung des KOUL-Ausschusses vertagt.

Da es keine weiteren Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge zur Tagesordnung gibt, bittet Herr Heuer um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Bestätigung der Niederschrift vom 15.09.2011

Herr Heuer weist darauf hin, dass in der Niederschrift ein Fehler auf Seite 10 unterlaufen ist. Der benannte Ergänzungsantrag der Fraktion FDP zur „Zentralität“

wurde wie richtig auf Seite 9 ausgesagt, zurückgezogen. Es wurde über folgenden Ergänzungsantrag abgestimmt:

Das Parkraumbewirtschaftungskonzept wird wie folgt ergänzt:

„Die Umsetzung des Punktes 5. Erhöhung der Parkgebühren unter denen im Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen und Zielen erfolgt unter der Bedingung, dass, analog zu neu einzurichtenden Parkbewirtschaftungsbereichen, auch in bestehenden Bereichen Mischparken eingeführt wird.“

Herr Menzel bittet um folgende Ergänzungen in der Niederschrift:

Zu 2.1

„Herr Menzel führte aus, dass es eine preiswertere und nachhaltig wirksamere Alternative zum historischen Verwaltungsvorschlag gibt, die von Prof. Sieker in mehreren vorliegenden Gutachten erläutert wurde. Der von der Verwaltung vorgeschlagene grundhafte Ausbau der Promenade ist unnötig, unwirtschaftlich und verstößt gegen die Grundsätze einer sparsamen Haushaltswirtschaft. In dem von der Verwaltung mit der grundhaften Ausbauplanung beauftragten Ingenieurbüro Merkel im Verwaltungsauftrag erstellten Kostenvergleich sind viel zu große dezentrale Anlagen angenommen worden. Tatsächlich sind deutlich kleinere Versickerungsgräben notwendig, da die Böden im Gegensatz zu früheren Behauptungen der Tiefbauverwaltung sehr gut versickerungsfähig sind.

Der Antrag der Grünen 534 zielt darauf ab, dass die Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit von unabhängiger Seite neutral betrachtet wird.“

Zu 2.6

„Herr Menzel berichtet von schwierigen bzw. verweigerten Einsichtnahmen in die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange durch den GB 4. Diese beziehen sich nach telefonischen Auskünften der Ersteller allein auf die Vorgaben des Zentrenpasses. Die verbindlichen Vorgaben des Beschlusses der SVV zum Einzelhandelskonzept werden durch den Verwaltungsvorschlag ignoriert und massiv überzogen. Folgt man dem Vorschlag der Verwaltung, besteht die Gefahr, dass das geplante EHZ im Bornstedter Feld (Nedlitzer Str.) und in Fahrland mit dem Kreisel-Park in direkter Konkurrenz steht. Herr Menzel weist auf ca. 50 in Brandenburg leerstehende Einzelhandelszentren hin. Folgt man dem Vorschlag der Verwaltung wird der nach Zentrenpaß ausgewiesene bipolare Standort mit dem Komplex Seecenter nicht weiter bestehen, so die vorliegenden Gutachten. Er sieht dann zukünftig auch eine der drei o. g. Zentren in seiner Wirtschaftlichkeit gefährdet und bittet um entsprechende Abwägung.“

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die so korrigierte Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 3

Der korrigierten Niederschrift wird somit zugestimmt.

zu 2 Agrarproduktion im Ländlichen Raum Potsdams

Herr Kleinert stellt anhand von Folien das Obstgut Marquardt sowie den Obsthof Satzkorn, die Teil des Werderaner Obstanbaugebietes sind, vor und erörtert deren Entwicklung. Er macht darauf aufmerksam, dass in der Obstscheune des Obstgutes Marquardt ganzjährig neben den eigenen Produkten auch die Produkte der Havelländer Partner angeboten werden.

Die Schädlingsbekämpfung beim Obst- und Gemüseanbau erfolgt immer so, dass die Natur im Gleichgewicht bleibt.

Anschließend informiert er, dass seit 15 Jahren ein Kochbuch erstellt wird. Ebenso wurde eine Lehr-CD erstellt, die an Schulen verschickt wurde.

Herr Kleinert bittet den KOUL-Ausschuss darüber nachzudenken, ein Themenjahr „Ländlicher Raum“ durchzuführen.

Abschließend spricht er die Entwicklung des ländlichen Raumes über die Förderrichtlinie 2012/13 hinaus an. Er regt an, ein Modell zur Philosophie „Ländlicher Raum in der Stadt“ zu entwickeln. Es gibt aus seiner Sicht noch viele Probleme, die geklärt werden müssen, dass nach 2012 eine bessere Förderung erfolgen kann.

Herr Bolze (Bereich Umwelt und Natur) weist auf die Probleme zu Beginn der Eingemeindung hin. Daraufhin wurde die Arbeitsgemeinschaft „Ländlicher Raum“ gegründet. Es wurden in einem gemeinsamen Auswahlprozess einzelne Projekte im ländlichen Raum ausgewählt und die entsprechenden Förderanträge gestellt. Die Stadtverwaltung soll verstärkt als Ansprechpartner fungieren.

Herr Heuer fragt nach dem wirtschaftlichen Faktor, auch hinsichtlich der Arbeitskräftesituation.

Herr Bolze macht deutlich, dass alle landwirtschaftlichen Betriebe Förderanträge gestellt haben. Dies erfolgt über den Landkreis Potsdam-Mittelmark. Die Landeshauptstadt Potsdam unterstützt den ländlichen Raum u.a. bei der Landschaftspflege. Durch den Bereich Wirtschaftsförderung wird das Entwicklungskonzept für Landwirtschaft unterstützt. Zur aktuellen Beschäftigungssituation liegen ihm keine Zahlen vor. Es ist aber bekannt, dass aufgrund der Witterung große Einbrüche zu verzeichnen sind.

Herr Heuer regt an, einen Antrag zur Gestaltung eines Themenjahres „Ländlicher Raum“ zu stellen.

Herr Kleinert spricht auch die Bereiche Kultur, Bildung, Sport und Bauen an, die mit einbezogen werden müssen.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke), Beschluss zur Änderung des Geltungsbereichs, zur öffentlichen Auslegung sowie zur Erweiterung des Bereichs der Anordnung der Baulandumlegung Vorlage: 11/SVV/0604**

FB Stadtplanung und Bauordnung

Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Wiedervorlage -

Frau Holtkamp (FB Stadtplanung und Bauordnung) weist darauf hin, dass die gewünschten Unterlagen zusammengestellt und ausgereicht wurden.

Herr Menzel macht deutlich, dass aus seiner Sicht die Prognose der Verwaltung nicht zutreffend ist und auch dem Einzelhandelskonzept widerspreche. Seiner Meinung nach führt dies auch zu Problemen mit der Verkehrsanbindung. Des Weiteren weist er auf weitere Nahversorger in der Nähe hin.

Frau Holtkamp macht darauf aufmerksam, dass die von der IHK und der Regio-

nen Planungsgesellschaft kritisierten Punkte überarbeitet wurden. Es soll nicht ausschließlich der Ortsteil Groß Glienicke, sondern auch die angrenzenden Ortsteile versorgt werden. Diesbezüglich gab es über mehrere Jahre unterschiedliche Beteiligungen. Zwischenzeitlich ist die Planung so weit ausgereift, dass der Auslegungsbeschluss gefasst werden kann.

Herr Lahr-Eigen (Lahr-Eigen & Partner Architekturbüro) zeigt anhand einer Karte die Größe der Fläche für Wohnungen und erklärt, dass für diesen Bereich mit einem Zuwachs von ca. 150 Einwohnern gerechnet wird. Es sollen ca. 50 Wohnungen entstehen.

Herr Menzel bringt folgenden **Änderungsantrag** ein:

„Im städtebaulichen Vertrag ist vor dem Satzungsbeschluss der Investor u.a. darauf zu verpflichten, mindestens 30% der neu zu errichtenden Wohnungen als sozial gebunden, für eine Netto Kaltmiete von 4,50 €/m² zu errichten.“

Herr Kirsch hält den Änderungsantrag für unseriös.

Herr Blaser (Ortsvorsteher Groß Glienicke) erklärt, dass es zu diesem Thema eine sehr ausführliche Diskussion im Ortsbeirat groß Glienicke gab. Auch die Auswirkungsanalyse wurde im Ortsbeirat diskutiert. Der Ortsbeirat hat mehrheitlich festgestellt, dass dies mit dem Einzelhandelskonzept im Einklang steht.

Herr Heuer macht deutlich, dass er sich durchaus dem sozialen Ansatz verpflichtet sieht, das konkrete Anliegen ihm aber unrealistisch erscheint.

Herr Menzel erklärt, dass hier auch Menschen mit mittlerem und niedrigem Einkommen zu Wohnraum kommen können.

Herr Kirsch rät von der Zustimmung zum Änderungsantrag ab.

Herr Menzel ändert den **Änderungsantrag** wie folgt und bittet, darüber abzustimmen:

„Im städtebaulichen Vertrag ist vor dem Satzungsbeschluss der Investor u.a. darauf zu verpflichten, mindestens 30% der neu zu errichtenden Wohnungen als sozial gebunden, für eine sozial verträgliche Miete, deren Höhe noch zu finden ist, zu errichten.“

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag in der so geänderten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 1
Ablehnung: 3
Stimmenthaltung: 5

Somit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Anschließend bittet Herr Heuer um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

1. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 21 „Potsdamer Chaussee“ (OT Groß Glienicke) ist in seinen Grenzen gemäß § 1 Abs. 8 i.V.m. § 2 Abs. 1 BauGB zu ändern (siehe Anlagen 1 und 3).

2. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 21 „Potsdamer Chaussee“ (OT Groß Glienicke) ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (siehe Anlagen 1 und 2).
3. Für diesen Bebauungsplan wird nach § 46 Abs 1 i.V.m. § 45 BauGB eine Erweiterung der Baulandumlegung – nördlich zwischen „Grüner Weg“ und „Potsdamer Chaussee“ – angeordnet. Die Lage ergibt sich aus der Karte (siehe Anlage 4).
4. Der Umlegungsausschuss der Landeshauptstadt Potsdam wird beauftragt, die Umlegung durch Beschluss nach § 47 BauGB einzuleiten und das Umlegungsverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
 Ablehnung: 1
 Stimmenthaltung: 1

zu 3.2 Tierheimneubau
Vorlage: 11/SVV/0617
 Fraktion DIE LINKE
 - Wiedervorlage -

Herr Heuer schlägt vor, die Drucksachen 11/SVV/0617 und 11/SVV/0666 gemeinsam zu diskutieren, da beide inhaltlich im Zusammenhang stehen.

Herr Schultheiß (Potsdamer Demokraten) verweist auf den Änderungsantrag der Faktion Potsdamer Demokraten, der am 14.10.2011 im Büro der Stadtverordnetenversammlung eingereicht wurde.

Da der Antrag weder den Ausschussmitgliedern noch den anwesenden Verwaltungsvertretern vorliegt, verliert Herr Schultheiß diesen und begründet ihn.

Herr Kirsch hält es für nicht sinnvoll, einen Beschluss zu fassen, der nicht umsetzbar ist, weil an dieser Stelle aufgrund von Biotopen ein Tierheimbau nicht möglich ist.

Herr Rietz erinnert daran, dass der Tierheimbau in der Kienhorststraße durch die Anwohner abgelehnt wurde. Jetzt soll im gleichen Ortsteil an anderer Stelle ein Tierheim errichtet werden. Dies ist für ihn nicht nachvollziehbar.

Frau Latacz-Blume (FB Soziales, Gesundheit und Umwelt) weist darauf hin, dass das Grundstück in der Marquardter Straße leitungstechnisch nicht erschlossen ist. Es ist auch nicht an den Öffentlichen Nahverkehr angeschlossen.

Das Grundstück befindet sich im planungsrechtlichen Außenbereich und weist Höhenunterschiede von bis zu 8 Metern auf. Im Flächennutzungsplan der ehemaligen Gemeinde Fahrland ist das Grundstück als Fläche für Landwirtschaft sowie für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft ausgewiesen. In dem zurzeit in Aufstellung befindlichen Flächennutzungsplan für die gesamte LHP befindet sich das Grundstück im Landschaftsschutzgebiet „Königswald mit Havelseen und Seeburger Agrarlandschaft“. Die Herausnahme des Grundstücks aus dem Landschaftsschutzgebiet, also die Aufhebung des Schutzstatus, obliegt der Oberen Naturschutzbehörde beim MUGV.

Herr Heuer weist darauf hin, dass dem Tierschutzverein 2006 von der Verwaltung dieses Grundstück angeboten wurde.

Frau Latacz-Blume stellt richtig, dass dies kein Angebot war, sondern eines von ca. 20 geprüften Grundstücken.

Herr Jäkel bringt zum Ausdruck, dass es auch der Fraktion DIE LINKE wichtig ist, den Tierheimbau voran zu bringen. Er bittet zu prüfen, ob es möglich ist, nicht die gesamte grundstücksfläche zu bebauen.

Herr Kirsch warnt davor, ein Grundstück auszuschreiben, das für das Vorhaben nicht geeignet ist. Abgesehen von den Kosten, die dabei entstehen, wird so das Problem lediglich verschoben.

Im Rahmen der Diskussion verständigen sich die Mitglieder des KOUL-Ausschusses zu folgender Formulierung des ersten Satzes des Änderungsantrages:

„Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, im Falle der Eignung, z.B. das Grundstück in der Marquardter Straße für den Bau einer Betreuungseinrichtung für Tiere zum Kauf oder Erbbaupacht anzubieten.“

Herr Schultheiß (Potsdamer Demokraten) erklärt sich mit den genannten Änderungen einverstanden.

Herr Rietz stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**:

„Es wird beantragt, gesondert darüber abzustimmen, ob das Grundstück Marquardter Straße im Antragstext genannt wird.“

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Antrag von Herrn Rietz.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2

Ablehnung: 7

Stimmenthaltung: 0

Somit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die so geänderte neue Fassung des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.10.2011.

Herr Jäkel übernimmt namens der Fraktion DIE LINKE die Änderungen in den Antrag 11/SVV/0617.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass der jetzt vorgeschlagene Beschlusstext die Verwaltung beauftrage, ein geeignetes Grundstück für den Bau einer Betreuungseinrichtung für Tiere zu finden. Die Verwaltung ist auch in diesem Fall erneut an ein Ausschreibungsverfahren gebunden.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Die Beschlüsse zum Tierheimneubau 07/SVV/0738, 08/SVV/0743 und 09/SVV/1008 sind aufzuheben.

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, im Falle der Eignung, z.B. das Grundstück in der Marquardter Straße für den Bau einer Betreuungseinrichtung für Tiere zum Kauf oder Erbbaupacht anzubieten.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die dafür notwendigen Gespräche zu führen und die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Dabei sind für einen potentiellen Standort nachstehende Kriterien zu berücksichtigen:

1. Dem Natur- und Tierschutzgedanke wird ein hoher Stellenwert bei der Entscheidungsfindung eingeräumt.
2. Die zahlreichen ehrenamtlichen TierschützerInnen werden bei ihrer Arbeit unterstützt.

Alle potentiellen Standorte sind mit Standortkriterien und potentiellen oder tatsächlichen Problemfaktoren vor Ort in einer Entscheidungsmatrix den Stadtverordneten vorzulegen, damit ein breiter Konsens für eine Standortentscheidung zu Stande kommt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 0

zu 3.3 Aufhebung der Beschlüsse 07/SVV/0738, 08/SVV/0743 und 09/SVV/1008

Vorlage: 11/SVV/0666

Fraktion FDP

Dem Antragstext ist mit der Empfehlung zum Beschluss des Antrages 11/SVV/0617 entsprochen.

Zur Drucksache ist keine Abstimmung erfolgt.

zu 3.4 Lärmmessung in Uetz

Vorlage: 11/SVV/0693

Fraktion CDU/ANW

Herr Becker bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Latacz-Blume (FB Soziales, Gesundheit und Umwelt) teilt mit, dass die Landesstraße zwischen Uetz und Paretz nicht im Lärmaktionsplan 2011 enthalten ist. Für eine Lärmberechnung ist stet der Baulastträger der jeweiligen Straße zuständig. In diesem Fall handelt es sich um den Landesbetrieb für Straßenwesen. Sie sagt zu, den Landesbetrieb für Straßenwesen mit der Bitte um eine Lärmberechnung für diese Straße anzuschreiben.

Herr Rietz erklärt den Antrag als erledigt durch Verwaltungshandeln.

Frau Müller-Preinesberger bietet an, dem KOUL-Ausschuss die Antwort des Landesbetriebes für Straßenwesen zur Kenntnis zu geben.

zu 3.5 Zusätzliche Parkplätze am Rathaus für den Weihnachtsmarkt

Vorlage: 11/SVV/0728

Fraktion Potsdamer Demokraten

Herr Schultheiß (Potsdamer Demokraten) bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Kluge (FB Ordnung und Sicherheit) weist darauf hin, dass bereits in den

vergangenen Jahren während der Zeit des Weihnachtsmarktes die Parkplätze auf dem Gelände der Stadtverwaltung an den Wochenenden für die Anwohner der Innenstadt zur Verfügung gestellt wurden.

Aufgrund dieser Information zieht Herr Schultheiß den Antrag zurück.

zu 3.6 **Straßenreinigungssatzung 2012**

Vorlage: 11/SVV/0680

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Herr Heuer schlägt vor, die Drucksachen 11/SVV/0680 (Straßenreinigungssatzung 2012) und 11/SVV/0681 (Straßenreinigungsgebührensatzung 2012) gemeinsam zu beraten.

Frau Kluge (FB Ordnung und Sicherheit) bringt die Drucksachen ein und gibt Erläuterungen. Sie weist auf die beiden Workshops hin, die im Rahmen der Erarbeitung durchgeführt wurden.

Herr Dr. Gunold übergibt im Namen der Fraktion DIE LINKE an Frau Müller-Preinesberger eine Unterschriftensammlung von Anwohnern der Trebbiner Straße die mit der Forderung verbunden ist, die Trebbiner Straße in der Reinigungsklasse „Maschinenreinigung“ einzuordnen und die Satzungen entsprechend anzupassen.

Herr Rietz macht deutlich, dass es aus seiner Sicht durchaus möglich ist, Straßen, die nur maschinell gereinigt werden müssen, aus der RK „Mischreinigung“ heraus zu nehmen.

Herr Jäkel macht darauf aufmerksam, dass sich viele Bürger mit der Bitte der Aufnahme einer RK „Maschinelle Reinigung“ an die Fraktion DIE LINKE gewandt haben. Er bringt folgenden **Änderungsantrag** ein und begründet diesen:

„In § 3 ist erneut eine Reinigungsklasse für ausschließlich maschinelle Straßenreinigung einzuordnen. In diese Klasse sind zunächst alle Straßen aufzunehmen, die in der letzten Satzung in Klasse 2 aufgelistet waren.“

Herr Kirsch bringt folgenden **Änderungsantrag** ein:

„Die Virchowstraße ist eine Winterdienstklasse aufzunehmen.“

Herr Rietz bringt folgenden **Änderungsantrag** ein:

„Die Straße „Lerchensteig“ in Nedlitz wird der Reinigungsklasse „maschinelle Reinigung“ zugeordnet.“

Frau Schneider (Fraktion FDP) spricht die Bemessung der Eckgrundstücke an und äußert Befürchtungen dass hier Beiträge entgegen der Straßenausbaubeitragsatzung an die Anlieger weitergegeben werden.

Frau Kluge erklärt, dass bisher nur für die Grundstücksseite Beiträge erhoben wurden, die einen Zugang zur Straße hat. Dies ist gerichtlich gerügt worden.

Herr Becker spricht die Regelungen für Extremsituation im Winterdienst an. Hier sollten die entsprechenden Regelungen in die Satzung aufgenommen werden.

Herr Praetzel (FB Grün- und Verkehrsflächen) macht deutlich, dass es einen Bedarfswinterdienst gibt. Die STEP ist durch die Anschaffung entsprechender Tech-

nik in der Lage auf überdurchschnittliche Witterungsbedingungen zu reagieren.

Herr Rietz bittet darum, dass die Information von Herrn Praetzel schriftlich als Anlage zum Protokoll ausgereicht wird.

Herr Menzel erinnert daran, dass die Verwaltung prüfen sollte, wie mit dem Wegfall von Schneewehen-Zäune umgegangen werden kann.

Herr Praetzel macht deutlich, dass die Verwaltung die Hinweise der Ortsbeiräte dazu aufnimmt, um entsprechend zu reagieren.

Herr Rietz betont, dass er eine Umlage von 75% der Kosten für den Winterdienst auf die Bürger nicht für rechtmäßig hält.

Herr Praetzel weist darauf hin, dass in den letzten Jahren die Umlagen der Kosten des Winterdienstes auf die Bürger 52% bis 62 % betragen haben. In Bezug auf den Änderungsantrag von Herrn Kirsch weist er darauf hin, dass die Virchowstraße zu eng ist, um Winterdienst durchzuführen.

Frau Kluge macht darauf aufmerksam, dass die Straßenreinigung eine kostenrechnende Einheit ist. Die reine Maschinenreinigung ist nur praktikabel, wenn die entsprechenden Touren zusammengestellt werden können. Dies trifft für Potsdam nicht zu, da der prozentuale Anteil der Straßen, die maschinell gereinigt werden können unter 10% liegt. Die Straßenreinigung in den Ortsteilen ist zu großen Teilen an die Anlieger übertragen.

Herr Rietz erklärt, dass die Aussage von Frau Kluge zwar richtig, aber nur teilweise zutreffend ist.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die einzelnen Änderungsanträge.

Änderungsantrag:

In § 3 ist erneut eine Reinigungsklasse für ausschließlich maschinelle Straßenreinigung einzuordnen. In diese Klasse sind zunächst alle Straßen aufzunehmen, die in der letzten Satzung in Klasse 2 aufgelistet waren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

Änderungsantrag:

Die Straße „Lerchensteig“ in Nedlitz wird der Reinigungsklasse „maschinelle Reinigung“ zugeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

Änderungsantrag:

Die Virchowstraße ist eine Winterdienstklasse aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 2

Herr Jäkel macht darauf aufmerksam, dass die Änderungen in der Straßenreinigungssatzung in der Straßenreinigungsgebührensatzung angepasst werden müssen.

Frau Müller-Preinesberger gibt zu Protokoll, dass die Verwaltung zur Wiedereinführung der Reinigungsklasse 2 Bedenken äußert.

Herr Menzel bittet zu prüfen, ob Herr Kirsch bezüglich seines Änderungsantrages zur Aufnahme der Virchowstraße in eine Winterdienstklasse befangen ist.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die so geänderte Drucksache.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Die Straßenreinigungssatzung der Landeshauptstadt Potsdam 2012.

+ Änderungen:

In § 3 ist erneut eine Reinigungsklasse für ausschließlich maschinelle Straßenreinigung einzuordnen. In diese Klasse sind zunächst alle Straßen aufzunehmen, die in der letzten Satzung in Klasse 2 aufgelistet waren.

Die Straße „Lerchensteig“ in Nedlitz wird der Reinigungsklasse „maschinelle Reinigung“ zugeordnet.

Die Virchowstraße ist eine Winterdienstklasse aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 3.7 Straßenreinigungsgebührensatzung 2012**Vorlage: 11/SVV/0681**

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Die Straßenreinigungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Potsdam 2012 unter Berücksichtigung der Änderungen der Straßenreinigungssatzung 2012 (DS 11/SVV/0680)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Kraftwerk für Gartenstadt Drewitz

Vorlage: 11/SVV/0482

FB Grün- und Verkehrsflächen

- Wiedervorlage -

Die Drucksache wird vertagt.

zu 5 Berichte und Informationen

zu 5.1 Landschafts- und Naturschutz an den Seeufern Potsdams

Herr Bolze (Bereich Umwelt und Natur) erläutert die geltenden Regelungen und weist dabei auf die umfassenden Informationen hin, die über das Umweltportal der Landeshauptstadt Potsdam abrufbar sind.

Herr Bolze macht in seinen Ausführungen auch deutlich, dass nicht jeder Rechtsverstoß sofort bemerkt wird. Hier ist die Verwaltung auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen.

Herr Menzel bittet darum, dass die Natur in Potsdam allen zugänglich gemacht wird. Es sollte überlegt werden, wie die Politik die Verwaltung dabei unterstützen kann.

Herr Schultheiß (Potsdamer Demokraten) spricht die Geruchsbelästigung am Zufluss der Neustädter Havelbucht an.

Herr Bolze teilt mit, dass gegenwärtig eine Veränderung des Regeneinlauf erarbeitet wird. Die Planung wurde bereits durch den Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen in Auftrag gegeben. Der Standort soll umweltfreundlich und naturnah gestaltet werden.

Herr Heuer fragt, ob für diese Stelle eine offizielle Einleitgenehmigung vorliegt.

Herr Bolze bejaht dies.

Herr Walter weist darauf hin, dass auf dem Fahrländer See und dem Krampnitzsee oft Boote für längere Zeit ankern und dort offensichtlich Urlaub machen. Ihm ist es bisher nicht gelungen, einen zuständigen Ansprechpartner diesbezüglich zu finden.

Herr Bolze erklärt, dass allen Hinweisen auf Verstöße nachgegangen wird und diese dann auch geahndet werden.

Herr Rietz nimmt Bezug auf die angesprochene Geruchsbelästigung an der Einleitstelle der Havelbucht und teilt mit, dass die EWP bemüht ist, die Einleitungen zu reduzieren. Bei Starkregen kann es aber trotzdem durchaus zu Geruchsbelästigungen kommen.

Herr Menzel fragt, wie damit umgegangen wird, wenn am Krampnitzsee Bürger das freie Ufer einzäunen.

Herr Bolze erklärt, dass eine Einschränkung des Betretungsrechtes beantragt werden kann. Er macht deutlich, dass es sich hier um laufende Verfahren handelt, zu denen er sich öffentlich nicht äußern kann.

zu 5.2 Zwischeninformation zum Stand der Umsetzung des Beschlusses 09/SVV/1083 - Grünflächenverbrauch

Diesbezüglich hat Herr Heuer eine schriftliche Stellungnahme des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung und Bauen erhalten, die allen Ausschussmitgliedern als Anlage zum Protokoll zur Kenntnis gegeben wird.

zu 5.3 Einhaltung der Feinstaubwerte in der Landeshauptstadt Potsdam

Frau Latacz-Blume (FB Soziales, Gesundheit und Umwelt) informiert, dass gemäß § 47 (1) BImSchG i.V.m. § 27 der 39. BImSchV die zuständige Behörde (MUGV Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz) bei Grenzwertüberschreitungen oder Nichteinhaltung von Zielwerten einen Luftreinhalteplan aufzustellen hat. Dieser Plan legt erforderliche Maßnahmen zur dauerhaften Verminderung von Luftverunreinigungen fest. Die Maßnahmen müssen geeignet sein, den Zeitraum der Überschreitungen so kurz wie möglich zu halten. Die Fortschreibung des Plans erfolgt gemäß § 12 (2) der 39. BImSchV spätestens alle 5 Jahre. Das MUGV hat unter Beteiligung des Landesamtes für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg (LUGV) über den Bund eine Fristverlängerung für die Einhaltung der Grenzwerte für Stickoxide bis 2015 beantragt. Eine Antwort von der EU an den Bund ist der Stadt Potsdam noch nicht bekannt. Mit einer Antwort wird frühestens 2012 gerechnet. Mit der Fristverlängerung zur Grenzwerteinhaltung sollen Strafzahlungen von Bund, Land und Stadt Potsdam an die EU abgewendet werden. Auch viele andere Kommunen haben mit der Einhaltung dieser Grenzwerte ein Problem.

Im Land Brandenburg werden die Luftgütedaten vom LUGV ermittelt. Die Schadstoffgehalte der städtischen Luft setzen sich zusammen aus dem regionalen, dem urbanen Hintergrund und den lokalen Quellen. Die regionale Hintergrundbelastung resultiert z.B. aus Stofffrachten, die durch bestimmte Witterungslagen aus der näheren (Berlin, Brandenburg) oder auch weiteren Umgebung (z.B. osteuropäische Industrieregionen) über den Luftpfad in eine Stadt wie Potsdam gelangen. Die städtische Hintergrundbelastung ergibt sich oft aus Industrie, Hausfeuerungsanlagen, Aufwirbelungen. Als dritter Beitragsteil tritt als lokale Quelle oft der Verkehr am Messpunkt hinzu. An den Stellen, wo viel Verkehr existiert und eine enge Bebauung vorherrscht, wie z.B. in der Zeppelinstraße, ergibt sich i.d.R. ein hoher Feinstaubgehalt. Der zulässige Jahresmittelwert (JMW) der Feinstaubbelastung PM10 und der Stundenmittelwert für NO2 wurde an keiner Potsdamer Messstelle überschritten. Der Jahresmittelwert (JMW) NO2 und der Tagesmittelwert PM10 wurden in der Zeppelin- und Großbeerenstraße überschritten. Der Stundenmittelwert für NO2 wurde an keiner Messstelle überschritten. Die Anzahl der Tage mit erlaubter Überschreitung des Tagesmittelwertes PM10 wurde bisher nur an einer Messstelle (Zeppelinstr.) überschritten (bislang 39 Überschreitungen).

Aufgrund der Überschreitungen des Feinstaub-Tagesmittelwertes im Jahr 2010 erarbeitete das zuständige MUGV eine informative Mitteilung an die EU. Darin wurden die Grenzwertüberschreitungen in Brandenburg intensiv betrachtet und erläutert. Der Feinstaub-Tagesmittelwert wurde z.B. in der Zeppelinstraße an 37 Tagen überschritten worden, davon gemäß Auswertung des MUGV 19 aufgrund überregionaler Einflüsse. Hohe Werte im Dezember, Januar und Februar 2010 wurden durch die kalte winterliche Ostströmung der Luft, dessen Hochdruckwetterlage und dem damit verbundenen „Feinstaubtransport“ hervorgerufen. Die Häufigkeit bestimmter Wetterlagen beeinflusst die Zahl der Grenzwertüberschreitungen maßgeblich. Dazu kommt gerade in den Hauptverkehrsstraßen Zeppelin- und Großbeerenstraße die enge Bebauung. Diese Lage habe etwa in der Großbeerenstraße für rund zwei Drittel der Überschreitungen der Feinstaub-

Grenzwerte gesorgt. Der Jahresmittelwert (JMW) NO₂ wurde in der Zeppelin- und Großbeerenstraße überschritten.

Im Mai 2011 wurde der Dialog zwischen dem Land Brandenburg und den polnischen Umweltbehörden wegen der überregionalen Beeinflussung Brandenburgs fortgesetzt. Im Mittelpunkt der Gespräche standen Lösungsmöglichkeiten sowie der Umgang mit Überschreitungen der Luftqualitätsgrenzwerte in beiden Ländern. Bereits 2007 wurde vom MUGV unter Beteiligung des Landesumweltamtes Brandenburg wegen der Gefahr von Grenzwertüberschreitungen in Abschnitten der Zeppelinstraße, Behlertstraße, Breite Straße, Großbeerenstraße sowie Leipziger Straße ein Luftreinhalte- und Aktionsplan für die Landeshauptstadt Potsdam (LRP) aufgestellt. Dem folgte der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam am 7. Mai 2008 als Voraussetzung für die Umsetzung des Luftreinhalte- und Aktionsplans.

Im Luftreinhalteplan wurde als eine mögliche Maßnahme die Einrichtung einer Umweltzone im gesamten Potsdamer Stadtgebiet vorgeschlagen. Aufgrund des hohen Aufwandes der Vorbereitung, der Durchsetzung, wegen der Nachteile für viele Kraftfahrer und des fehlenden radialen Verkehrssystems mit nur 2 Havelbrücken ist die Einführung der Umweltzone derzeit nicht geplant und wird nur dann eingerichtet, wenn die Ziele zur Luftreinhaltung mit den o.g. verkehrstechnischen Maßnahmen nicht erreicht werden.

Die Stadtverwaltung Potsdam geht davon aus, dass durch die bereits realisierten und weiter fortlaufend durchzusetzenden Maßnahmen in enger Zusammenarbeit aller Akteure und Behörden eine deutliche Verbesserung der Luftqualität und Einhaltung der von der EU vorgeschriebenen Grenzwerte auch schon vor 2015 erreicht werden kann. Die Feinstaubproblematik ist leider nicht nur durch Maßnahmen der Stadt zu beeinflussen, da hier die existierende Hintergrundbelastung nur im Zusammenhang mit der Verbesserung der Luftqualität in den östlichen Nachbarländern zu sehen ist.

Herr Menzel hält es für verantwortungslos, dass sich die Verwaltung so viel Zeit lässt.

Herr Jäkel macht deutlich, dass die Stauvermeidung sehr dringend ist. Es gibt in der LHP kein staufreies Straßennetz.

Herr Schultheiß weist darauf hin, dass LKW-Verkehr und Industrie eine größere Belastung bringen. Er macht deutlich, dass im Bereich Breite Straße/Geschwister-Scholl-Straße/Nansenstraße in Bezug auf die „Grüne Welle“ gehandelt werden muss.

Herr Schütt weist darauf hin, dass die Zeppelinstraße und die Behlertstraße sehr belastet sind. Er fragt, ob die für Oktober 2011 geplante Einrichtung der Pförtner-Ampel an der Berliner Straße/Humboldtbrücke sowie die für Dezember 2011 geplante Pförtner-Ampel an der Zeppelinstraße/Kastanienalle realisiert werden.

Herr Rietz informiert, dass die Fördermittel dafür ausgereicht wurden.

zu 5.4 Informationen aus der Fluglärmkommission vom 26.09.2011

Frau Müller-Preineberger informiert, dass auf der 80. Sitzung der Fluglärmkommission am 26.09.2011 die Abwägungsergebnisse der DFS vorgestellt wurden. Diese sind über das Internet-Portal abrufbar. Die nächste Sitzung der Fluglärmkommission findet am 14.11.2011 statt.

Herr Jäkel verweist auf einen Presseartikel der MAZ vom 27.09.2011 mit einer

Abbildung nach der Flugrouten direkt über das Potsdamer Stadtgebiet sowie über weitere Gemeinden führen.

Er übergibt den Presseausschnitt an die Verwaltung zur Prüfung.

Frau Müller-Preinesberger sagt Prüfung und Information zu.

zu 6 Sonstiges

Nächster Ausschuss für KOUL – 17. November 2011, 18:00 Uhr

**Pete Heuer
Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra
Schriftführerin**